

STEUERVERSCHWENDUNG: WIE DEUTSCHLAND IM AUSLAND FOSSILE BRENNSTOFFE FINANZIERT

OKTOBER 2025

ZUSAMMENFASSUNG

Im Jahr 2021 unterzeichnete die Bundesregierung ein historisches internationales Abkommen und versprach damit die milliardenschwere Finanzierung internationaler fossiler Projekte einzustellen.¹ Die klimapolitischen Sektorleitlinien aus dem Jahr 2023 blieben allerdings hinter den Verpflichtungen zurück, und es flossen weiter öffentliche Gelder in den Ausbau fossiler Brennstoffe.²

Nun ist zu befürchten, dass die aktuelle deutsche Regierung die Einhaltung dieser Verpflichtung durch eine Abschwächung der entsprechenden nationalen Richtlinien weiter untergräbt: Die CDU versprach während der Bundestagswahl 2025, die Sektorleitlinien abzuschaffen. CDU und SPD sehen in ihrem Koalitionsvertrag vor, diese Leitlinien zu „flexibilisieren“.³

Die sinkende Gasnachfrage, wachsende geopolitische Unsicherheiten und die Klimakrise bedeuten, dass eine Abkehr von fossilen Brennstoffen sicherheitspolitisch klug ist. Daher sollte die Sektorleitlinien von 2023 nicht klimapolitisch abgeschwächt, sondern verstärkt werden. Als wohlhabender und einflussreicher Staat, der Mitglied der EU, der OECD und der G7 ist, trägt Deutschland besondere Verantwortung auf der weltpolitischen Bühne. Eine Verwässerung seiner Leitlinien für fossile Energien würde das Risiko erhöhen, dass auch andere Staaten ihre klimapolitischen Ambitionen zurückfahren.

Deutschlands aktuelles Verhalten bezüglich der Finanzierung fossiler

Energien ist problematisch; einige von Deutschland unterstützte Projekte haben weltweit schädliche Folgen. Allerdings sind die deutschen Finanzmittel für fossile Brennstoffe rückläufig.⁴ Deutschland hat nun die Möglichkeit, sein Versprechen aus dem Jahr 2021 vollständig einzuhalten und der Förderung erneuerbarer Energien Vorrang einzuräumen. Erneuerbare Energien stehen für Energiesicherheit und sinnvolle Investitionen. Fossile Brennstoffe hingegen bergen hohe Risiken, gestrandete Vermögenswerte zu erzeugen, und sind daher, wie wir in diesem Briefing aufzeigen, für die deutschen Steuerzahler*innen ein schlechtes Geschäft.

Statt bestehende Leitlinien zu verwässern, sollte Deutschland sie stärken, um eine nachhaltige Energieversorgung zu sichern.

DEUTSCHLAND IST HISTORISCH EINER DER GRÖSSTEN GELDGEBER FÜR FOSSILE BRENNSTOFFE

Deutschland hat in der Vergangenheit enorme Summen für fossile Energie bereitgestellt. Die Datenbank „Public Finance for Energy“ von Oil Change International zeigt, dass Deutschland von 2013 bis 2021⁵ jährlich durchschnittlich 2,7 Milliarden US-Dollar für internationale fossile Projekte bereitgestellt hat und damit zu den fünf größten Geldgebern der G20 gehört – noch vor den Vereinigten Staaten und Russland.^a

Diese Steuergelder werden größtenteils für deutsche Exportkreditgarantien verwendet, die entweder von

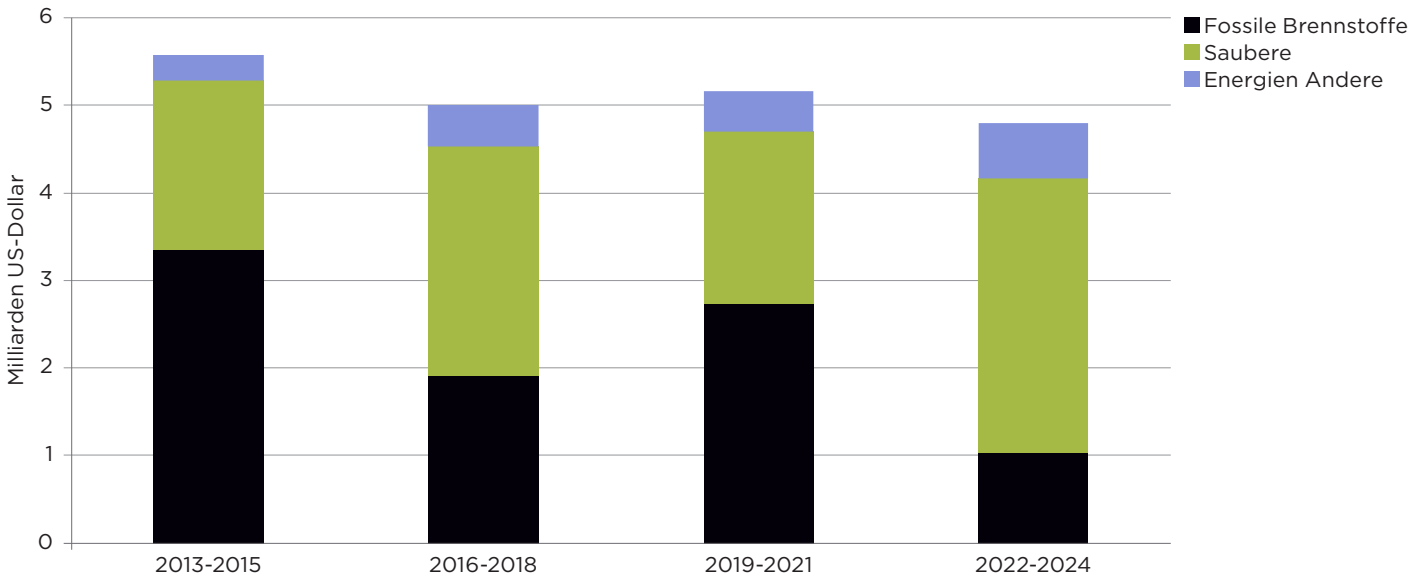
Euler Hermes (seit 2022 Allianz Trade⁷), einer staatlich beauftragten Finanzinstitution, die öffentliche Finanzierungen für Exportgeschäfte inländischer Unternehmen anbietet, oder von der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und deren Tochtergesellschaft KfW-IPEX, die Exportfinanzierungen für Projekte im Ausland bereitstellt, vergeben werden.⁸ Obwohl Deutschland 2015 das Pariser Abkommen unterzeichnet hat, stellte es zwischen 2016 und 2024 weiterhin durchschnittlich 1,9 Milliarden US-Dollar pro Jahr für fossile Brennstoffe bereit.

Institutionen, die öffentliche Gelder vergeben, wie etwa die KfW oder Allianz Trade (früher Euler Hermes), prägen maßgeblich die Energielandschaft. Sie senden Signale zu politischen Prioritäten, geben staatliche Rückendeckung für große Infrastrukturprojekte und beeinflussen damit, welche Vorhaben überhaupt realisiert werden.^{9,10} Durch die staatliche Unterstützung für fossile Projekte ermöglicht die Bundesregierung Investitionen, die ohne diese Absicherung vermutlich nicht zustande gekommen wären. So waren internationale öffentliche Finanzinstitutionen der G20 während des weltweiten LNG-Booms von 2012 bis 2022 an der Finanzierung von mindestens 82 Prozent der neu gebauten LNG-Exportkapazitäten beteiligt.¹¹ Ohne staatlich unterstützte Finanzierung wären diese fossilen Projekte aufgrund höherer Kosten und Risiken höchstwahrscheinlich nicht umgesetzt worden.

Die Wissenschaft ist sich einig: Um die globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen und die schwerwiegendsten Folgen des Klimawandels zu verhindern,

^a Unter internationaler öffentlicher Energiefinanzierung verstehen wir sämtliche Zuschüsse, direkten Haushaltsmittelzuweisungen, Darlehen, Garantien, Versicherungen sowie Anteilserwerbe im Energiebereich, die von Regierungsstellen oder mehrheitlich staatlichen Institutionen ins Ausland fließen.

Abbildung 1: Internationale öffentliche Energiefinanzierung durch deutsche Institutionen, 3-Jahres-Durchschnitt, 2013–2024, in Milliarden US-Dollar



Quelle: Datenbank von Oil Change International zur öffentlichen Energiefinanzierung⁶

müssen mehr als 60 Prozent der bereits erschlossenen fossilen Brennstoffreserven im Boden bleiben.¹² Jede neue Investition in Öl-, Gas- oder Kohleinfrastruktur trägt daher zur Verschärfung der Klimakrise bei, vergrößert den Umfang gestrandeter Vermögenswerte – die vorzeitig abgeschrieben werden müssen – oder beides. Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu werden.

Eine Analyse der Internationalen Energieagentur (IEA) zeigt, wie das weniger ehrgeizige Netto-Null-Ziel bis 2050 erreicht werden kann. Das entsprechende Szenario der IEA sieht vor, dass keine neuen Öl- und Erdgasfelder über die diejenigen hinaus erschlossen werden, die bereits 2021 zur Erschließung genehmigt waren. Dass Szenario geht zudem davon aus, dass viele der derzeit im Bau oder in Planung befindlichen Flüssigerdgasanlagen (LNG) nicht notwendig sind.¹³ Auch der Bau neuer Gaskraftwerke ist mit einem 1,5-Grad-Pfad nicht vereinbar.¹⁴ Damit bleibt kein Spielraum für neue fossile Projekte – und folglich auch nicht für deren Finanzierung.

Im Rahmen der UN-Klimakonferenz COP26 in Glasgow versprach Deutschland eine Abkehr von seiner bisherigen Politik der massiven Finanzierung fossiler Brennstoffe. Deutschland unterzeichnete zusammen mit 38 anderen Staaten, darunter die USA, Kanada, das Vereinigte Königreich und viele EU-Länder, die Clean Energy Transition Partnership (CETP).¹⁵ Damit verpflichteten sich die Unterzeichner,

bis Ende 2022 die öffentliche Finanzierung internationaler Projekte für fossile Brennstoffe einzustellen und stattdessen der öffentlichen Finanzierung erneuerbarer Energien Vorrang einzuräumen. Deutschland unterzeichnete im folgenden Jahr bei der G7 eine fast identische Verpflichtung.¹⁶

Dies hätte ein neues Zeitalter für Deutschland einläuten können. Anstatt weiterhin fossile Brennstoffe zu finanzieren, hätte das Land – im Einklang mit seinen Zusagen – zu einem echten Vorreiter des globalen Klimaschutzes werden können. Mit seinen beträchtlichen, von Steuerzahler*innen getragenen Mitteln hätte Deutschland den Ausbau erneuerbarer Energien vorantreiben und damit nicht nur eine saubere und bezahlbare Energieversorgung für alle sichern, sondern sich selbst wie auch andere Staaten von der globalen Instabilität befreien können, zu der die Abhängigkeit von Öl und Gas beiträgt.

Die Umsetzung der CETP-Verpflichtung durch Deutschland blieb jedoch unzureichend und war von Kontroversen begleitet.

DEUTSCHLAND HÄLT SEINE VERPFLICHTUNGEN BEREITS JETZT NICHT EIN UND BRICHT SEINE VESPRECHEN MÖGLICHERWEISE AUCH WEITERHIN

Während die Bundesregierung 2022 an der Umsetzung von Deutschlands CETP Verpflichtungen arbeitete, wurde

bekannt, dass Euler Hermes/Allianz Trade weiterhin Finanzierungen in Höhe von 1 Milliarde Euro für zehn fossile Projekte prüfte – ein Umstand, der Deutschlands Behauptung, das Abkommen ernsthaft umsetzen zu wollen, untergrub.¹⁷ Darüber hinaus agierte Deutschland auf internationaler Ebene wenig hilfreich: Der damalige Bundeskanzler Scholz verwässerte die G7-Vereinbarungen zu Gas und setzte sich aktiv für eine Finanzierung fossiler Gasförderung im Senegal ein.^{18,19}

Ein durchgesickelter erster Entwurf einer Finanzierungsleitlinie der KfW hätte ausdrücklich erlaubt, das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Abkommens zu ignorieren und damit gegen Deutschlands internationale Verpflichtungen verstoßen.²⁰ Angesichts öffentlicher Empörung wurde der Entwurf schließlich zurückgezogen.²¹

Deutschland veröffentlichte im Juli 2023 allgemeine Sektorleitlinien für Exportkreditgarantien, gefolgt von KfW-Sektorleitlinien im Dezember 2023.^{22 23} Beide Leitlinien wiesen Lücken auf und ermöglichten trotz der CETP-Vereinbarung weiterhin Finanzierung für fossile Brennstoffe. Die Sektorleitlinien für Exportkreditgarantien erlauben die Finanzierung fossiler Brennstoffe, wenn festgestellt wird, dass diese mit dem 1,5 °C-Klimaziel vereinbar ist und fossile Lock-in-Effekte vermieden werden. Allerdings geben die Leitlinien keine Methodik vor, wie diese Bewertung erfolgen soll. Darüber hinaus können Gaskraftwerke weiterhin gefördert werden, wenn sie „wasserstofffähig“ sind

3 oder technisch für CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) ausgestattet sind. Dies lässt befürchten, dass fossile Infrastrukturprojekte weiterhin auf der Grundlage unrealistischer Versprechen über zukünftige, noch unbewährte Technologien wie CCS oder Wasserstoff finanziert werden.

Die KfW-Sektorleitlinien erlauben weiterhin die Finanzierung von Gaskraftwerken sowie ausgewählter Midstream-Projekte, darunter Raffinerien, LNG-Regasifizierungsanlagen, LNG-Tanker und Gastransportinfrastruktur. Zudem sehen sie lange Auslaufzeiten für die Finanzierung fossiler Brennstoffe in Entwicklungsländern vor und enthalten weitreichende Ausnahmeregelungen für „Energiesicherheit“ sowie Handels- und Unternehmensfinanzierung, die eine Fortsetzung der Finanzierung für fossile

Brennstoffe ermöglichen. Darüber hinaus kann die Bundesregierung die KfW im Rahmen eines Zuweisungsgeschäfts gezielt mit der Finanzierung eines Projekts beauftragen, wodurch die KfW ihre eigenen Vorgaben außer Kraft setzen kann.²⁴

Diese Sektorleitlinien stehen nicht im Einklang mit der CETP. Während die Mehrheit der CETP-Staaten (darunter historisch große Geldgeber für fossile Brennstoffe wie Kanada, Großbritannien, Frankreich, Spanien und die Europäische Investitionsbank) die Vereinbarung vollständig oder nahezu vollständig eingehalten und ihre Finanzierung fossiler Brennstoffe eingestellt haben, bewertete Oil Change International die deutsche CETP-Umsetzung in der Folge als „nicht im Einklang mit der Zusage im Rahmen der CETP.“²⁵

Deutschland verstößt nicht nur mit seinen Sektorleitlinien gegen die Verpflichtungen aus der CETP, sondern ist auch einer der wenigen Staaten, die weiterhin fossile Projekte finanzieren und allein deshalb bereits gegen CETP-Verpflichtungen verstoßen. Deutschland liegt auf Platz eins der Länder, die gegen die CETP verstoßen: Seit Ablauf der Umsetzungsfrist Ende 2022 wurden 12 Projekte mit einem Volumen von 1,5 Milliarden US-Dollar finanziert – der größte Betrag unter den derzeitigen Unterzeichnern, nach dem Austritt der Trump-Regierung aus der Initiative.²⁶

BOX 1:

DEUTSCHE FINANZIERUNG VON LNG-PROJEKTEN IM AUSLAND SCHADET DER DORTIGEN BEVÖLKERUNG – UND DEUTSCHLAND SELBST

Viele der von Deutschland geförderten internationalen Energieprojekte sind umstritten. Dazu gehören Gaskraftwerke in Usbekistan und in Bangladesch, einem der Länder, die weltweit am meisten vom Klimawandel betroffen sind und wo besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen durch deutsche Finanzierungen in eine kostspielige Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen gedrängt werden.

Besonders deutlich kritisiert wird die deutsche Finanzierung von LNG-Infrastruktur in den Vereinigten Staaten: Das LNG-Projekt in Port Arthur, Texas, das mit 372 Millionen US-Dollar von der KfW mitfinanziert wird, trägt zur lokalen Umweltverschmutzung bei, die den Bewohner*innen der Region schadet.²⁷ Die Krebsrate in der Region Port Arthur liegt 10 Prozent über dem nationalen Durchschnitt, und eine kürzlich durchgeführte Untersuchung ergab, dass die Krebsrate in der Region 190-mal so hoch ist wie der von der US-Umweltschutzbehörde als „akzeptabel“ angesehene Wert.²⁸ Das Projekt wurde zwar nach der

CETP-Verpflichtung, aber noch vor Inkrafttreten der KfW-Sektorleitlinien finanziert – ein Vorgehen, das dem Geist des CETP zuwiderläuft. Es ist nur eines von zahlreichen LNG-Projekten in den USA, die in den letzten Jahren von der KfW unterstützt wurden.²⁹ So hat die KfW auch ein LNG-Terminal in Louisiana gefördert, das Feuchtgebiete gefährdet, die die Lebensgrundlage indigener Gemeinschaften bilden. Weiterhin hält sich dieses Terminal nicht an Sicherheitsvorschriften und hat wiederholt gegen Berichtspflichten verstoßen.³⁰ Beide Projekte wirken sich unverhältnismäßig stark auf Communities of Color aus und nähren Vorwürfe von Umweltrassismus.

Diese Finanzierung schadet nicht nur den Menschen vor Ort, sondern auch Deutschland. Deutschland versucht, mit seiner Finanzierung neue Quellen für LNG-Importe zu erschließen, um russisches Gas zu ersetzen. Allerdings sinkt die Nachfrage nach Gas in Deutschland. 2024 wurde in Deutschland 14 Prozent weniger Erdgas verbraucht als im

Durchschnitt der Jahre 2018 bis 2021.³¹ Eine groß angelegte Studie zeigt, dass Deutschlands Erdgasverbrauch bis 2035 im Vergleich zu 2022 um 28 Prozent bis 63 Prozent sinken wird.³² Die durch den russischen Einmarsch in der Ukraine ausgelöste Energiekrise und die steigenden Kosten stützen die wirtschaftlichen Argumente gegen einen Ausbau der Gasversorgung. Eine Analyse der IEA zeigt, dass Länder mit einem höheren Anteil erneuerbarer Energien besser gegen starke Preisschocks geschützt waren.³³

Durch langfristige LNG-Importverträge bindet sich Deutschland für Jahrzehnte an teure fossile Brennstoffe, wodurch die Steuerzahler*innen die Kosten für teure fossile Brennstoffe tragen, statt in zunehmend kostengünstige erneuerbare Energien zu investieren. Schon heute gibt das Land jährlich rund 60 Milliarden Euro für Öl- und Gasimporte aus. Würden die Mittel stattdessen konsequent in den Ausbau erneuerbarer Energien gelenkt, könnten Milliarden Steuergelder eingespart werden.³⁴

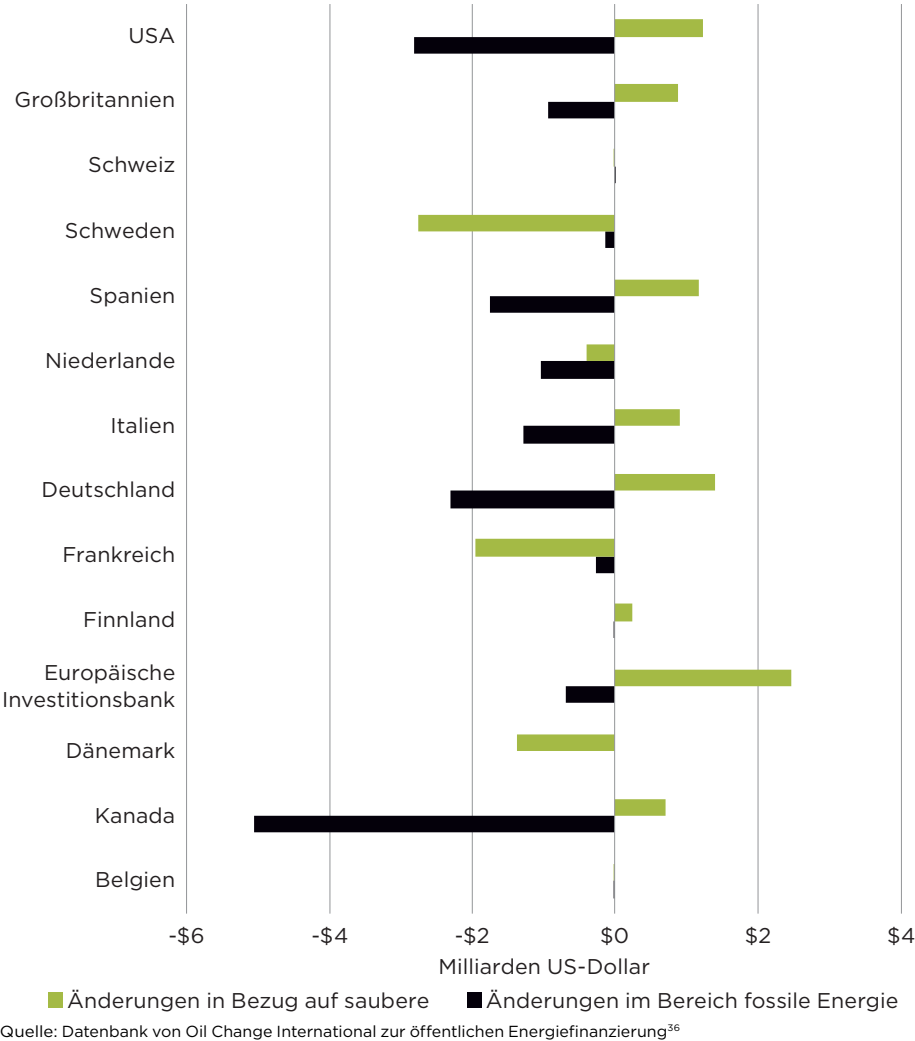
4 Auch wenn Deutschland gegen seine CETP-Verpflichtungen verstößt, sind die Staatsausgaben für fossile Brennstoffe seit der Unterzeichnung des Abkommens zurückgegangen: 2024 um durchschnittlich rund 2,3 Milliarden US-Dollar im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2019–2021.³⁵ Vor diesem Hintergrund sind die aktuellen Bestrebungen, die deutsche Klimapolitik zu verwässern, besonders alarmierend. So trat die CDU im Februar 2025 mit dem ausdrücklichen Wahlversprechen an, die deutschen klimapolitischen Sektorleitlinien für Exportkreditgarantien abzuschaffen.³⁷ Der spätere Koalitionsvertrag ließ erkennen, dass die Regierung eine Überarbeitung der Leitlinien plant. Allerdings bleibt unklar, was genau geplant ist.³⁸

Angesichts der weltweit zunehmenden Klimaklagen sieht sich Deutschland einem wachsenden rechtlichen Risiko ausgesetzt, wenn es weiterhin fossile Projekte finanziert. Ein Rechtsgutachten von zwei juristischen Expert*innen, Jorge E. Viñuales, Professor an der Universität Cambridge (Großbritannien), und Kate Cook, Rechtsanwältin bei Matrix Chambers in London, verdeutlicht diese Gefahr. Sie kommen zu dem Schluss, dass Staaten gegen ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen verstoßen könnten, wenn sie nicht umgehend Maßnahmen ergreifen, um ihre Finanzierung fossiler Brennstoffe durch Exportkreditversicherungen wie die deutsche Euler Hermes/Allianz Trade und KfW-IPEX zu reduzieren.³⁹

Abbildung 2: Entwicklung der öffentlichen Finanzierung der CETP-Unterzeichnerstaaten für internationale Projekte im Bereich grüne Energien und fossile Brennstoffe; Vergleich 2024 mit dem Jahresdurchschnitt 2019–2021 (in Milliarden US-Dollar)

Ein wegweisendes Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zum Klimawandel aus dem Jahr 2025 unterstreicht diese Verantwortung. Der Gerichtshof stellte klar, dass die Vergabe von Lizenzrechten oder Subventionen für fossile Brennstoffe – ebenso wie das Versäumnis, den Verbrauch fossiler Brennstoffe angemessen zu regulieren – völkerrechtswidrige Handlungen sein können, für die ein Staat rechtlich verantwortlich gemacht werden kann.⁴⁰

Abbildung 2: Entwicklung der öffentlichen Finanzierung der CETP-Unterzeichnerstaaten für internationale Projekte im Bereich grüne Energien und fossile Brennstoffe; Vergleich 2024 mit dem Jahresdurchschnitt 2019–2021 (in Milliarden US-Dollar)



IN SAUBERE ENERGIE ZU INVESTIEREN LOHNT SICH – FOSSILE FINANZIERUNG IST EIN FINANZIELLES RISIKO

Die von Deutschland befürwortete Abschwächung der Richtlinien für fossile Brennstoffe ist nicht nur klimapolitisch und in diplomatischer Hinsicht bedenklich – sie schadet letztlich auch Deutschlands wirtschaftlichen Interessen.

Die fortgesetzte oder gar verstärkte Förderung fossiler Brennstoffe in Deutschland und auf globaler Ebene aus öffentlichen Mitteln verlängert die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von starken Schwankungen der Energiepreise. Im Zuge der Energiekrise von 2022 mussten energieintensive Industrien in Europa zeitweise bis zu fünfmal mehr für Gas zahlen als ihre US-amerikanischen Wettbewerber.⁴¹ Die hohen Energiekosten belasten

die Wettbewerbsfähigkeit Europas zusätzlich, insbesondere gegenüber Regionen wie den USA und Asien, in denen Energie oft preiswerter ist und wo fossile Brennstoffe leichter verfügbar sind.

Darüber hinaus sind mit öffentlichen Mitteln finanzierte Projekte im Bereich fossiler Brennstoffe zunehmenden Risiken ausgesetzt. Eine Analyse von Carbon Tracker zeigt, dass die sinkende Nachfrage nach Öl und Gas zu einem erhöhten Kreditrisiko bei Öl- und Gastransaktionen führen könnte, was eine erhebliche Gefahr für Exportkreditagenturen darstellt.⁴²

Neben diesem finanziellen Risiko weist Carbon Tracker auf die „Opportunitätskosten“ hin, die entstehen, wenn öffentliche Mittel in Öl und Gas fließen, anstatt heimische Unternehmen zu unterstützen,

5 die in einer kohlenstoffarmen Wirtschaft zukunftsfähig sind. Indem Deutschland an den Energiesystemen der Vergangenheit festhält, anstatt konsequent in neue Energiequellen zu investieren, gefährdet Deutschland seine langfristige wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit.

Deutschland spielt seit Jahren eine zentrale Rolle bei der Finanzierung sauberer Energien: Die KfW investiert inzwischen mehr in erneuerbare als in fossile Projekte. Auch wenn Exportkreditagenturen nur bedingt zur Förderung sauberer Energie im Globalen Süden geeignet sind, hat Allianz Trade mit Projekten wie einer Bürgschaft für 100.000 Solar-Anlagen für Privathaushalte in Äthiopien wichtige Beiträge geleistet.⁴³ Diese Fortschritte werden jedoch durch die fortgesetzte Finanzierung fossiler Brennstoffe durch KfW und Allianz Trade geschmälert. Eine klare Ausrichtung auf saubere Energien würde nicht nur dazu beitragen, Ziele im Bereich nachhaltiger Entwicklung zu erreichen, sondern auch Deutschlands Widerstandskraft gegenüber fossilen Preisschocks stärken und seine Wettbewerbsfähigkeit im globalen Energiemarkt sichern.

KÜNFTIGE PROJEKTE

Daten aus Antworten der Bundesregierung auf Anfragen von Abgeordneten des Deutschen Bundestags belegen, dass trotz der Zusagen Deutschlands im Rahmen der CETP Euler Hermes/Allianz Trade und KfW aktuell eine mögliche Finanzierung für eine erhebliche Zahl internationaler fossiler Projekte prüfen.

Nach neuen Daten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie sind von Juni 2024 bis Juli

2025 zehn Interessenbekundungen für Projekte eingegangen, die direkt oder indirekt mit der Gewinnung und Nutzung fossiler Brennstoffe in Verbindung stehen. Das Fördervolumen für diese Projekte würde sich auf fast 1,2 Milliarden Euro belaufen (Tabelle 1).

Eine Interessenbekundung stellt zwar noch keine verbindliche Zusage öffentlicher Unterstützung dar, verdeutlicht jedoch, dass trotz Deutschlands Verpflichtung, die öffentliche Finanzierung internationaler fossiler Projekte zu beenden, weiterhin eine beträchtliche Zahl entsprechender Projekte geprüft wird.

Darüber hinaus gingen bei Euler Hermes/Allianz Trade und der KfW im gleichen Zeitraum 12 Anträge auf Unterstützung für Projekte ein, die direkt oder indirekt mit der Gewinnung fossiler Brennstoffe in Zusammenhang stehen – mit einem Antragsvolumen von insgesamt 67,83 Millionen Euro (Tabelle 2).

Die Bundesregierung gibt zudem an, dass sie plant, eine begrenzte Zahl von Investitions Garantien für fossile Projekte im Umfang von 18,5 Millionen Euro zu vergeben.

Dies zeigt, dass Deutschland seine Verpflichtungen im Rahmen der CETP bisher nicht konsequent umsetzt und dass auch künftige Investitionen im Widerspruch zu den Zielen der CETP stehen könnten. Laut dem „Fossil Fuel Violations Tracker“ von Oil Change International ist Deutschland seit der Unterzeichnung der CETP nach Italien der Staat mit der zweithöchsten Zahl an Verstößen dagegen – seit Ablauf der Umsetzungsfrist Ende 2022 investierte das Land rund 1,5 Milliarden US-Dollar in zwölf fossile Projekte (Tabelle 3).⁴⁶

FAZIT

Deutschlands internationaler Ruf, seine wirtschaftliche Stabilität und der Erfolg der Energiewende stehen auf dem Spiel, wenn seine Leitlinien zum Umgang mit Finanzierung für fossile Brennstoffe verwässert werden. Eine solche Verwässerung würde das Land zudem höheren rechtlichen Risiken aussetzen. Die Finanzierung des Ausbaus fossiler Brennstoffe im In- und Ausland trägt maßgeblich zur Klimakrise bei. Sie verzögert die Energiewende und gefährdet letztlich auch die Energiesicherheit Deutschlands, indem sie die globale Abhängigkeit von Öl und Gas verstetigt. Echte Energiesicherheit entsteht nur, wenn Finanzmittel gezielt in kostengünstige und verlässliche erneuerbare Energien gelenkt werden. Die neue Bundesregierung sollte die bestehenden Leitlinien nicht lockern, sondern ihre Maßnahmen verstärken, um die CETP-Verpflichtungen erstmals vollständig zu erfüllen.

Tabelle 1: Zwischen Juni 2024 und Juli 2025 bei deutschen öffentlichen Finanzinstitutionen eingegangene Interessensbekundungen, die direkt oder indirekt mit der Förderung und Nutzung fossiler Brennstoffe verbunden sind

Projekt	Antragsvolumen in Millionen Euro	Land
Abwärmemodule	36,00	 Indonesien
Gas- und Dampfkraftwerk	250,00	 Mexiko
Gas- und Dampfkraftwerk	125,00	 Mexiko
Gas- und Dampfturbine	85,00	 Cote D'Ivoire
Blockheizkraftwerke	30,00	 Ukraine
Blockheizkraftwerke	10,00	 Ukraine
Gas- und Dampfturbinenkraftwerk	400,00	 Irak
Gasmotor-Generatoren für KWK-Anlage	33,00	 Usbekistan
GuD-Kraftwerk	200,00	 Türkei
Lokomotiven	26,00	 Kroatien
Gesamt	1.195,00	

Quelle: Daten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, erhalten im Rahmen einer schriftlichen Frage an die Bundesregierung durch die Bundestagsabgeordnete Katharina Beck.⁴⁴

Tabelle 2: Zwischen Juni 2024 und Juli 2025 bei deutscher öffentlichen Finanzinstitutionen eingegangene Anträge, die direkt oder indirekt mit der Förderung und Nutzung fossiler Brennstoffe verbunden sind

Projekt	Antragsvolumen in Millionen Euro	Land
Lastkraftwagen	7,20	 Mali
Maschinen: Erdölförderung	2,27	 Ukraine
Zubehör/ Ersatzteile	2,00	 Ukraine
Lastkraftwagen	2,59	 Mali
Krane/Hebezeuge/Fördermittel	16,18	 Zypern
Raffinerien	0,61	 Pakistan
Zubehör/ Ersatzteile	0,75	 Ukraine
Zubehör/ Ersatzteile	0,01	 Türkei
Lastkraftwagen	8,29	 Tansania
Ingenieurleistungen/Projektierungen	0,28	 Pakistan
Krane/Hebezeuge/Fördermittel	5,50	 Indonesien
Krane/Hebezeuge/Fördermittel	22,15	 Katar
Gesamt	67,83	

Quelle: Daten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, erhalten im Rahmen einer schriftlichen Frage an die Bundesregierung durch die Bundestagsabgeordnete Katharina Beck.⁴⁵

Tabelle 3: Verstöße Deutschlands gegen die Clean Energy Transition Partnership seit Ablauf der Umsetzungsfrist Ende 2022

Institution	Project	Genehmigungs datum	Sektor	Millionen US-Dollar	Land
KfW IPEX Bank & Trade Allianz	Angora GuD-Kraftwerk	2024.12.12	Gas	389 mit Garantie von Allianz Trade	 Usbekistan
KfW IPEX Bank	Erwerb von 70 Prozent Beteiligung an der Adriatic LNG-Terminal und Regasifizierungsanlage	2024.12.03	Gas	45	 Italien
KfW IPEX Bank	Evos Refinanzierung 2024	2024.08.14	Gas	61	 Niederlande
KfW IPEX Bank	Rio Grande LNG Phase 1	2023.07.19	Gas	246	 USA
KfW IPEX Bank	Ostrołęka -GuD-Kraftwerk (745 MW)	2023.06.30	Gas	120	 Polen
KfW IPEX Bank	Refinanzierung von Navigator Terminals 2023	2023.06.29	Öl & Gas	65	 Großbritannien
KfW IPEX Bank	Refinanzierung von Esentia Energy	2023.05.25	Öl & Gas	50	 Mexiko
KfW IPEX Bank	Port Arthur LNG Phase 1	2023.03.20	Gas	372	 USA
KfW IPEX Bank	Plaquemines LNG-Exportanlage Phase 2	2023.03.13	Gas	100	 USA
Trade Allianz	Bau einer mobilen Gasleitung	Mai 2024	Gas	16 Garantie	 Jordanien
Trade Allianz	Tiefbohranlage	Februar 2024	Oil & Gas	16 Garantie	 Brasilien
DEG	Unique Meghnaghat GuD-Kraftwerk (584 MW)	2023.03.13	Gas	45	 Bangladesch
Gesamt				1.525	

Quelle: „Fossil Finance Violations Tracker“ von Oil Change International⁴⁷

- 1 Clean Energy Transition Partnership: Statement on International Public Support for the Clean Energy Transition, November 2021, online abrufbar unter: <https://cleanenergytransitionpartnership.org/the-statement/>
- 2 Oil Change International: New German climate policy will continue multi-billion overseas fossil fuel finance and break major international climate promise, Juli 2023, online abrufbar unter: <https://oilchange.org/news/new-german-climate-policy-will-continue-multi-billion-overseas-fossil-fuel-finance-and-break-major-international-climate-promise/>
- 3 Christlich-Demokratische Union, Christlich-Soziale Union und Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, April 2025, online abrufbar unter: koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf
- 4 Natalie Jones, Indira Urazova, Claire O'Manique, Adam McGibbon, Kate DeAngelis: Holding Course, Missing Speed, International Institute for Sustainable Development & Oil Change International, September 2025, online abrufbar unter: <https://www.iisd.org/publications/report/ending-fossil-fuel-finance-unlocking-clean-energy>
- 5 Oil Change International: Public Finance for Energy-Datenbank, letzte Aktualisierung: September 2025, online abrufbar unter: energyfinance.org
- 6 Oil Change International: Public Finance for Energy-Datenbank, letzte Aktualisierung: September 2025, online abrufbar unter: energyfinance.org
- 7 Allianz Trade: Euler Hermes is now Allianz Trade, März 2022, online abrufbar unter: https://www.allianz-trade.com/en_GB/euler-hermes-is-now-allianz-trade.html
- 8 KfW-IPEX: Ihr Spezialist für internationale Projekt- und Exportfinanzierungen, Oktober 2025, online abrufbar unter: <https://www.kfw-ipex-bank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-IPEX-Bank/>
- 9 Das Oxford Institute for Energy Studies stellt fest, dass das LNG-Projekt in Papua-Neuguinea 8,3 Milliarden US-Dollar seiner gesamten Fremdfinanzierung in Höhe von 10,5 Milliarden US-Dollar von sechs staatlich unterstützten Exportkreditagenturen aufgenommen hat und dass die Finanzierung „ohne sie nicht möglich gewesen wäre“. (S. 19), online abrufbar unter: <https://www.oxfordenergy.org/wpcms/wp-content/uploads/2020/11/Insight-78-LNG-Finance-will-lenders-accommodate-the-changing-environment.pdf>
- 10 Institute of Chartered Accountants in England & Wales: The Role of UK Export Finance, „Ohne die Exportfinanzierung des Vereinigten Königreichs würden viele Exportgeschäfte einfach nicht zustandekommen“, online abrufbar unter: <https://drive.google.com/file/d/1lVEwPpyrVPeEDWeEwI9PNJowh0ho3WEG/view>
- 11 Adam McGibbon, Briefing: G20 government finance enabled 82% of LNG export infrastructure expansion, breaking climate promises, Oil Change International, April 2023, online abrufbar unter: <https://oilchange.org/publications/briefing-g20-government-finance-enabled-82-of-lng-export-infrastructure-expansion-breaking-climate-promises/>
- 12 Kelly Trout, Sky's Limit Data Update: Shut Down 60% of Existing Fossil Fuel Extraction to Keep 1.5°C in Reach, Oil Change International, August 2023, online abrufbar unter: <https://oilchange.org/publications/skys-limit-data-update-shut-down-60-of-existing-fossil-fuel-extraction-to-keep-1-5c-in-reach/>
- 13 Internationale Energieagentur: Net Zero by 2050, Oktober 2021, online abrufbar unter: https://iea.blob.core.windows.net/assets/deebef5d-0c34-4539-9d0c-10b13d840027/NetZeroby2050-ARoadmapfortheGlobalEnergySector_CORR.pdf
- 14 Olivier Bois Von Kursk & Greg Muttitt: Lighting the Path: What IPCC energy pathways tell us about Paris-aligned policies and investments, International Institute for Sustainable Development, Juni 2022, online abrufbar unter: <https://www.iisd.org/publications/report/ipcc-pathways-paris-aligned-policies>
- 15 Oil Change International: Germany joins commitment to end international oil, gas, coal finance, bringing total for potential finance shifted to USD 21.7 billion per year, November 2021, online abrufbar unter: <https://oilchange.org/news/germany-joins-commitment-to-end-international-oil-gas-and-coal-finance-bringing-up-figure-for-potential-finance-shifted-to-usd-21-7-billion-a-year/>
- 16 The Guardian: G7 countries to stop funding fossil fuel development overseas, Mai 2022, online abrufbar unter: https://www.theguardian.com/environment/2022/may/30/g7-countries-to-stop-funding-fossil-fuel-development-overseas?CMP=share_btn_tw
- 17 Climate Home News: Germany considers 1 billion in support for 10 fossil fuel projects overseas, Dezember 2022, online abrufbar unter: <https://www.climatechangenews.com/2022/12/09/germany-considers-e1bn-in-support-for-10-fossil-fuel-projects-overseas/>
- 18 Oil Change International: CSOs condemn G7 leaders for caving in to gas industry and weakening pledge to end international public finance for fossil fuels, Juni 2022, online abrufbar unter: <https://oilchange.org/news/csos-condemn-g7-leaders-for-caving-in-to-gas-industry-and-weakening-pledge-to-end-international-public-finance-for-fossil-fuels/>
- 19 Clean Energy Wire: German-Senegalese gas plans under fire for violating pledge to end fossil fuel support, Mai 2022, online abrufbar unter: <https://www.cleanenergywire.org/news/german-senegalese-gas-plans-under-fire-violating-pledge-end-fossil-fuel-support>
- 20 Urgewald: Neue KfW-Leitlinie für Gas- und Ölprojekte bedroht 1,5-Grad-Klimaziel, Dezember 2022, online abrufbar unter: <https://www.urgewald.org/medien/neue-kfw-leitlinie-fuer-gas-oelprojekte-bedroht-1-5-grad-klimaziel>
- 21 Deutsche Umwelthilfe: KfW-Verwaltungsrat stoppt umstrittene Finanzierungs-Leitlinie: DUH fordert nun vollständigen Ausstieg aus der internationalen Finanzierung von Öl und Gas, Dezember 2022, online abrufbar unter: <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/kfw-verwaltungsrat-stoppt-umstrittene-finanzierungs-leitlinie-duh-fordert-nun-vollstaendigen-ausstieg/>
- 22 Gas Outlook: German export credit agency slammed over fossil fuel finance, August 2023, online abrufbar unter: <https://gasoutlook.com/analysis/german-export-credit-agency-slammed-over-fossil-fuel-finance/>
- 23 KfW: Sektorleitlinien – Finanzierungen im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen, Dezember 2023, online abrufbar unter: <https://www.kfw.de/nachhaltigkeit/%C3%9Cber-die-KfW/Nachhaltigkeit/Strategie-Management/Sustainable-Finance/Sektorleitlinien/>
- 24 Die Richtlinien der KfW enthalten die Bestimmung: „Der Bund kann die KfW Bankengruppe aus übergeordneten Gründen mit der Durchführung von Programmen beauftragen, auch wenn diese Paris-inkompatibel sein sollten.“ (Seite 1, dritter Absatz). Dies ermöglicht es der Regierung, die Richtlinien für jedes Projekt, das sie für angemessen hält, außer Kraft zu setzen. Online abrufbar unter: https://www.kfw.de/nachhaltigkeit/Dokumente/KEa4/Kundenversion_Paris-kompatible_Sektorleitlinien_202405.pdf
- 25 Oil Change International: Leaders & Laggards: Tracking implementation of the COP26 commitment to end international public finance for fossil fuels by the end of 2022, letzte Aktualisierung: März 2025, online abrufbar unter: <https://oilchange.org/publications/leaders-laggards/>
- 26 Oil Change International: Fossil Finance Violations Tracker, letzte Aktualisierung: September 2025, online abrufbar unter: <https://oilchange.org/publications/fossil-finance-violations-tracking-fossil-fuel-projects-that-violate-commitments-to-end-international-public-finance-for-fossil-fuels>
- 27 Oil Change International: Fossil Finance Violations Tracker, letzte Aktualisierung: September 2025, online abrufbar unter: <https://oilchange.org/publications/fossil-finance-violations-tracking-fossil-fuel-projects-that-violate-commitments-to-end-international-public-finance-for-fossil-fuels>
- 28 Texas Monthly: German Activists Take Aim at Texas Natural Gas, Januar 2024, online abrufbar unter: <https://www.texasmonthly.com/news-politics/german-activists-liquefied-natural-gas/>
- 29 Deutsche Umwelthilfe: Investitionen ins Klimachaos Wie deutsche Banken und Unternehmen Fracking-LNG-Projekte ermöglichen, April 2023, online abrufbar unter: https://www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/Projektinformation/Energiewende/LNG/230420_Factsheet_Investitionen_ins_Klimachaos.pdf
- 30 Deutsche Umwelthilfe: Investitionen ins Klimachaos Wie deutsche Banken und Unternehmen Fracking-LNG-Projekte ermöglichen, April 2023, online abrufbar unter: https://www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/Projektinformation/Energiewende/LNG/230420_Factsheet_Investitionen_ins_Klimachaos.pdf

- 31 Bundesnetzagentur (2024): Rückblick: Gasversorgung im Jahr 2024, online abrufbar unter: https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Gasversorgung/a_Gasversorgung_2024/start.html
- 32 Tilman Hesse, Carmen Loschke, Christoph Heinemann, Sibylle, Braungardt: Erdgas-Phase-out in Deutschland, Öko- Institut, Februar 2024, online abrufbar unter: <https://www.oeko.de/publikation/erdgas-phase-out-in-deutschland/>
- 33 IEA: World Energy Outlook 2022, IEA, Paris, Oktober 2022, S. 19–20; 300–301; 365–366, online abrufbar unter: <https://www.iea.org/reports/world-energy-outlook-2022>.
- 34 Statista: Wert der Importe von Erdgas und Rohöl in Deutschland in den Jahren 2008 bis 2024, Juni 2025, online abrufbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/151081/umfrage/importe-von-erdgas-und-rohoel-nach-deutschland/#:~:text=Der%20Importwert%20von%20Erdgas%20belief,auf%2018%2C8%20Milliarden%20Euro>
- 35 Natalie Jones, Indira Urazova, Claire O'Manique, Adam McGibbon, Kate DeAngelis: Holding Course, Missing Speed, International Institute for Sustainable Development & Oil Change International, September 2025, online abrufbar unter: <https://www.iisd.org/publications/report/ending-fossil-fuel-finance-unlocking-clean-energy>
- 36 Oil Change International: Public Finance for Energy, letzte Aktualisierung: September 2025, online abrufbar unter: energyfinance.org
- 37 Christlich Demokratische Union (2025): Der Politikwechsel hat begonnen, online abrufbar unter: https://www.politikwechsel.cdu.de/sites/www.politikwechsel.cdu.de/files/downloads/km_bt看_2025_wahlprogramm_langfassung_ansicht.pdf
- 38 Christlich-Demokratische Union, Christlich-Soziale Union und Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, April 2025, online abrufbar unter: https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf
- 39 Oil Change International: International Obligations Governing the Activities of Export Credit Agencies in Connection With the Continued Financing of Fossil Fuel-Related Projects and Activities, Mai 2021, online abrufbar unter: <https://oilchange.org/publications/eca-legal-opinion/>
- 40 Oil Change International: World's Highest Court Tells Countries to Halt Emissions Faster and Protect the Climate, März 2025, online abrufbar unter: <https://oilchange.org/news/worlds-highest-court-tells-countries-to-halt-emissions-faster-and-protect-the-climate/>
- 41 Jan Rosenow und Sem Oxenaar: Opportunities for heat electrification and energy efficiency in European industry, Juli 2025, online abrufbar unter: https://www.nature.com/articles/s44359-025-00091-9.epdf?sharing_token=zdrbyh9dmtrtlGc_x5R-GdRgNOjAjWel9jnR3ZoTv0Pt1ps7_e5xc66HHQ2dvm_3k199tMSgB8ecU_DZf72i8RbCXEplrcdBt7_ovXlv5cB45eqhEOaNoi8_uHvKb22liJ_mPLzsb8fGPwHc5qUwCowffC_EQJ0Bofh5x8qjWk%3D
- 42 Maeve O'Connor, Rich Collett-White und Guy Prince: Stranded Exports, Carbon Tracker, Februar 2025, online abrufbar unter: <https://carbontracker.org/reports/stranded-exports/>
- 43 Lucile Dufour, Bronwen Tucker, Laurie van der Burg, Murtiani Hendriwardani und Anna Geddes: Turning Pledges Into Action, International Institute for Sustainable Development, Juni 2022, online abrufbar unter: <https://www.iisd.org/publications/report/turning-glasgow-statement-into-action>
- 44 Daten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, erhalten im Rahmen einer schriftlichen Frage an die Bundesregierung durch die Bundestagsabgeordnete Katharina Beck, August 2025, S. 51, online abrufbar unter: <https://dserv.bundestag.de/btd/21/010/2101089.pdf>
- 45 Daten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, erhalten im Rahmen einer schriftlichen Frage an die Bundesregierung durch die Bundestagsabgeordnete Katharina Beck, August 2025, online abrufbar unter: https://drive.google.com/file/d/1EyHfnGhyqYFZC4M0g3HQ_t7zfyMLjUIS/view?usp=sharing
- 46 Oil Change International: Fossil Finance Violations Tracker, letzte Aktualisierung: September 2025, online abrufbar unter: <https://oilchange.org/publications/fossil-finance-violations-tracking-fossil-fuel-projects-that-violate-commitments-to-end-international-public-finance-for-fossil-fuels>
- 47 Oil Change International: Fossil Finance Violations Tracker, letzte Aktualisierung: September 2025, online abrufbar unter: <https://oilchange.org/publications/fossil-finance-violations-tracking-fossil-fuel-projects-that-violate-commitments-to-end-international-public-finance-for-fossil-fuels>

Die Recherche und Erstellung dieses Briefings erfolgte durch Adam McGibbon, unterstützt durch Beiträge von Maria Alejandra Vesga Correa, Bronwen Tucker, Laurie van der Burg, Kelly Trout und Claire O'Manique von Oil Change International sowie Lorenzo Fiorilli und Lauren Provost von ClientEarth.

Die Autor*innen bedanken sich für das Feedback und die Beiträge von Regine Richter von Urgewald sowie von Johanna Sauter.

Weitere Informationen erhalten Sie von Adam McGibbon bei Oil Change International: adam.mcgibbon@oilchange.org



Oil Change International ist eine Organisation für Forschung, Öffentlichkeitsarbeit und Interessenvertretung, die darauf abzielt, die wahren Kosten fossiler Brennstoffe aufzudecken und den Übergang zu sauberer Energie voranzutreiben.

Oil Change International
714 G Street SE
Washington, DC 20003 USA
www.oilchange.org



ist eine gemeinnützige Umweltrechtsorganisation, die sich auf juristischem Wege für systemische Veränderungen einsetzt, um die Erde und ihre Bewohner zu schützen.

ClientEarth AISBL
60, rue du Trône
1050 Bruxelles

Oktober 2025